

schließen können.

Doch so einfach dürfte die angestrebte Regelung nicht zu erreichen sein, weil dadurch die verfassungsmäßig garantierte Koalitionsfreiheit (Gewerkschaftsfreiheit, libertà sindacale) beeinträchtigt würde. Man denke nur an den Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) oder die FABI, die wichtigste Gewerkschaft der Bankangestellten. Die großen Gewerkschaftsbünde möchten mit dem angestrebten Gesetz auch erreichen, dass künftig keine „Piratenverträge“ mehr geschlossen werden können. Solche „Piratenverträge“ gibt es in Bereichen wie dem Baugeerbe und den Reinigungsdiensten. Sie können für die Arbeitnehmer oft sehr nachteilig sein und ermöglichen den Unternehmen, die sie anwenden, einen unfairen Wettbewerbsvorteil.

Gesetzlicher Mindestlohn

In Italien gibt es im Gegensatz zu vielen anderen Ländern keinen gesetzlichen Mindestlohn (salario minimo legale). Die gro-



Nunzia Catalfo (5 Sterne): Sie ist die neue Ministerin für Arbeit und Soziales.

ANSA/Filippo Attili Chigi Palace pres

ßen Gewerkschaftsbünde haben sich bis jetzt gegen die Einführung eines solchen Mindestlohns gewährt. Sie betonen immer wieder, dass es in den meisten Wirtschaftszweigen bereits entsprechende Kollektivverträge gibt, die zusätzlich zu den Mindestlöhnen für die Arbeitnehmer noch eine ganze Reihe von wichtigen Rechten vorsehen

(Urlaub, Krankenstand, Kündigungsschutz, Lohnvorrückungen, Zusatzkrankenversicherungen usw.). Außerdem besteht die Befürchtung, dass bei den Arbeitnehmern durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns das Interesse an einer gewerkschaftlichen Vertretung schwinden könnte.

© Alle Rechte vorbehalten

Regierung denkt an „Daspo“ für Wirtschaftsberater

VORSCHLAG: Kritik der Kammer für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Eine zeitweise oder dauerhafte Suspendierung von der beruflichen Tätigkeit: Dieser sogenannte „Daspo“ für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, den die italienische Regierung zurzeit prüft, sorgt in der Branche für Aufregung – auch in Südtirol. „Eine unnötige Maßnahme – wir sind sprachlos“, sagt Claudio Zago, der Präsident der Kammer der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Südtirol, zu dem Vorschlag.

Der Begriff „Daspo“ kommt eigentlich aus dem Sportbereich und ist die Abkürzung für „Divieto di accedere alle manifestazioni sportive“. Mit solchen Maßnahmen kann man es beispielsweise gewaltbereiten Fans untersagen, an Sportveranstaltungen teilzunehmen. In Südtirol kursierte der Begriff zuletzt als „Daspo urbano“ – mit dem Ziel, für mehr Sicherheit zu sorgen. So kann in Bozen seit kurzem der „Daspo urbano“ angewendet werden (die „Dolomiten“ haben am 27. September berichtet). Das heißt, der Bürgermeister kann in Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen in



„Damit vermittelt man, dass es momentan gar keine Kontrolle gibt. Und das ist absolut nicht so.“

Claudio Zago,
Präsident der Kammer der
Wirtschaftsprüfer und
Steuerberater in Südtirol

ausgewiesenen Zonen der Stadt Zugangsverbote für bestimmte Personen verhängen.

Nun könnte es auch einen „Daspo“ für Wirtschaftsprüfer geben – gedacht wäre er für jene, die zugunsten ihrer Kunden bei den INPS-Guthaben tricksen. Laut der 5-Sterne-Bewegung sollten dadurch zwischen 5 und 7 Milliarden Euro gewonnen

werden.

Claudio Zago kritisiert, dass man mit dem Vorhaben vermittelte, es gäbe momentan gar keine Kontrolle. „Und das ist absolut nicht so“, so Zago. „Sollten nämlich Wirtschaftsprüfer und Steuerberater inexistentes Steuerguthaben bestätigen, müssen sie jetzt schon nicht nur mit verwaltungsrechtlichen Konsequenzen rechnen, sondern auch mit strafrechtlichen. Erst vor Kurzem hat das Kassationsgericht mit einem Urteil geregelt, was im Fall einer betrügerische Erklärung passiert – nämlich 6 Jahre Gefängnis. Wir fordern mehr Respekt von Seiten der Politik.“

Zago kritisiert auch, dass dadurch der Steuerzahler in die Irre geführt werde. „Denn mit solchen sinnbefreiten Gesetzen – die nur dazu dienen, ein paar gute Schlagzeilen zu generieren – kommen sicher nicht die Milliarden zurück, die in der Nadeff, der aktualisierten Wirtschaftsprognose und Finanzplanung, fehlen.“

© Alle Rechte vorbehalten

INHALTE auf
abo.dolomiten.it

DER EXPERTE ANTWORTET



Hubert
Berger
Kanzlei
Lanthaler +
Berger +
Bordato +
Partner

Garagator ersetzen

In meinem Haus muss das Garagator ausgetauscht werden. Kann der Steuerabsetzbetrag von 50 Prozent genutzt werden?

Ein einfacher Austausch eines Garagators fällt unter die ordentliche Instandhaltung und es kann kein Absetzbetrag beansprucht werden, wenn die Arbeiten die einzelne Wohneinheit und dessen Zubehör betreffen. Bei Mehrparteienhäusern – Kondominien – sind hingegen auch ordentliche Instandhaltungsarbeiten an Gemeinschaftsteilen begünstigt. Den Absetzbetrag von 50 Prozent gemäß Artikel 16-bis des

Einkommensteuergesetzes können Sie aber dann nutzen, wenn das neue Garagator eine andere Beschaffenheit aufweist als das bestehende, denn dann fällt es unter die außerordentliche Instandhaltung.

Elektronische Rechnung

Müssen ab 2020 auch Pauschalsteuerpflichtige eine elektronische Rechnung ausstellen? Kann dann ein Zimmervermieter keine Quittung mehr ausstellen?

Aktuell sind Unternehmer, die die pauschale Besteuerung (Forfettario) anwenden, von der Pflicht zur Ausstellung der elektronischen Rechnung befreit. Es ist jedoch geplant, diese Pflicht ab 2020 auch auf diese Steuerpflichtigen zu erweitern. In diesem Fall würde dann gewerblichen Zimmervermietern nur die Möglichkeit bleiben, eine elektronische Rechnung auszustellen oder mit einer elektronischen Registrierkasse einen Handelsbeleg auszustellen und die Tageseinnahmen telematisch zu übermitteln. Nicht gewerbliche Privatzimmervermieter (ohne Mehrwertsteuer-Nummer) sind weiterhin von der Ausstellung eines elektronischen Steuerdokuments befreit.

Falls Sie Steuerfragen haben, dann schicken Sie diese an die „WIKU“-Redaktion (dolomiten.wirtschaft@athesia.it).